



Niederschrift

75. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 29.08.2012
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	19:33 Uhr
Ort, Raum:	R. 280 a, Stadthaus

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Jann Jakobs Oberbürgermeister

Ausschussmitglieder

Frau Birgit Müller	DIE LINKE	
Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE	
Herr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg	DIE LINKE	
Frau Dr. Karin Schröter	DIE LINKE	
Frau Hannelore Knoblich	SPD	
Herr Mike Schubert	SPD	
Herr Dr. Hagen Wegewitz	SPD	
Herr Klaus Rietz	CDU/ANW	
Herr Peter Schüler	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Johannes Baron v. d. Osten gen. Sacken	FDP	
Frau Ute Bankwitz	BürgerBündnis	ab ca. 17:10 Uhr
Herr Arndt Sändig	Die Andere	ab 17:05 Uhr
Herr Peter Schultheiß	Potsdamer Demokraten	

stellv. Ausschussmitglieder

Frau Birgit Morgenroth	SPD
Herr Horst Heinzl	CDU/ANW

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Claus Wartenberg	SPD	entschuldigt
Herr Michael Schröder	CDU/ANW	entschuldigt

Gäste:

Herr Exner, GB Zentrale Steuerung und Service	Herr Böhme, Herr Neumann, Stadtwerke
Frau Dr. Magdowski, GB Bildung, Kultur, Sport	Frau Trauth-Koschnik, Büro f. Chancengleichheit und Vielfalt
Frau Müller-Preinesberger, GB Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz	Herr Jetschmanegg, Büro des OBM
Herr Klipp, GB Stadtentwicklung und Bauen	Herr Frerichs, Bereich Wirtschaftsförderung
Frau Wiemann, Rechnungsprüfungsamt	Herr Goetzmann, FB Stadtplanung und Stadt
Frau Hartmann, Bereich Beteiligungsmanagement	erneuerung
Schriftführerin: Frau Ziegenbein	Herr Kümmel, Büro des Oberbürgermeisters
weitere Gäste – siehe Gästeliste	

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
08. August 2012
- 3 Vorstellung des Leiters der Polizeidirektion West, Herrn Meyritz und des Leiters
der Polizeiinspektion, Herrn Toppel
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 4.1 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Potsdam GmbH (SWP)
Vorlage: 12/SVV/0022
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
 - 4.2 Abberufung und Neubestellung der von der Landeshauptstadt Potsdam in den
Aufsichtsrat der SWP entsandten städtischen Vertreter/innen
Vorlage: 12/SVV/0023
Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement
Austauschblätter vom 25.01.2012
 - 4.3 Bad
 - 4.3.1 Familien- und Sportbad Brauhausberg
Vorlage: 12/SVV/0515
Oberbürgermeister, FB Bildung und Sport
 - 4.3.2 Städtebaulicher Wettbewerb Brauhausberg
Einordnung des Familien- und Sportbades und ergänzender innerstädtischer
Wohnungsbau
Vorlage: 12/SVV/0556
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
 - 4.3.3 Städtebaulicher Wettbewerb zum Brauhausberg
Vorlage: 11/SVV/0388
Fraktion DIE LINKE
 - 4.3.4 Städtebauliches Konzept für das Vorgelände des Brauhausberges
Vorlage: 11/SVV/0423
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 - 4.3.5 Konkretisierung Masterplan Brauhausberg
Vorlage: 11/SVV/0434
Fraktion FDP
 - 4.3.6 Rückübertragung der Grundstücke am Brauhausberg
Vorlage: 11/SVV/0665
Fraktionen FDP, BürgerBündnis

- 4.4 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 - 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger'
Platz 1 - Tierheim endlich bauen
Vorlage: 11/SVV/0815
Ausschuss für Finanzen (ff)
- 4.5 Bestärkung des Vorkaufsrechtes zur Erfüllung des Planungszieles "Öffentliche Grünfläche am Groß Glienicker Seeufer"
Vorlage: 12/SVV/0300
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
OBR Groß Glienicke
- 4.6 Korruptionsprävention
Vorlage: 12/SVV/0366
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, FDP
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Bericht über die Umsetzung des Beschlusses zur Gründung einer Stiftung Freier Uferweg Griebnitzsee
gemäß Beschluss: 12/SVV/0016
- 5.2 Nachschau zum Stadtwerkefest
- 5.3 Bericht über den Stand der Zielerreichung der ProPotsdam GmbH
Vorlage: 12/SVV/0460
Oberbürgermeister
- 5.4 Standortbeauftragung Medienstadt Potsdam-Babelsberg
Vorlage: 12/SVV/0558
Oberbürgermeister, Bereich Wirtschaftsförderung
- 6 Sonstiges

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 08. August 2012

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 14 Mitglieder bzw.

stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.
Bezüglich der öffentlichen Tagesordnung schlägt er folgende Änderungen vor:

Zurückzustellen sind:

- Tagesordnungspunkt 3, Vorstellung des Leiters der Polizeidirektion West, Herrn Meyritz und des Leiters der Polizeiinspektion, Herrn Toppel, da letztgenannter erkrankt ist. Als neuer Termin sei die Sitzung des Hauptausschusses am 26.09.2012 verabredet worden.

Von der Tagesordnung zu streichen sind:

- Tagesordnungspunkt 4.3.6 - Rückübertragung der Grundstücke am Brauhausberg, DS 11/SVV/0665 – da diese bereits in den Ausschüssen für Finanzen und für Stadtentwicklung und Bauen **zurückgezogen** worden seien,
- Tagesordnungspunkt 4.4 - Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 - 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' Platz 1 - Tierheim endlich bauen, DS 11/SVV/0815, weil die Stadtverordnetenversammlung diese in der Sitzung am 22.08.2012 abgelehnt hat,
- Tagesordnungspunkt 4.5 - Bestärkung des Vorkaufsrechtes zur Erfüllung des Planungszieles "Öffentliche Grünfläche am Groß Glienicker Seeufer", DS 12/SVV/0300, weil hierzu das Votum des Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung fehlt,
- Tagesordnungspunkt 4.6 – Korruptionsprävention, DS 12/SVV/0366, weil die Antragstellerin diese in der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung **zurückgezogen** hat.

Herr Dr. Scharfenberg bittet im Weiteren darum, unter dem Punkt „Sonstiges“ etwas zum Thema „Pfortnerampeln“ auszuführen.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Zur Niederschrift der 74. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 08. August 2012 gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird mit 10 Ja-Stimmen, bei 4 Stimmenthaltungen **bestätigt**.

zu 3 Vorstellung des Leiters der Polizeidirektion West, Herrn Meyritz und des Leiters der Polizeiinspektion, Herrn Toppel

zurückgestellt – bis zur Sitzung des Hauptausschusses am 26. September 2012

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Potsdam GmbH (SWP)

Vorlage: 12/SVV/0022

Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen

Der Oberbürgermeister führt aus, dass die angekündigten Gespräche mit der Kommunalaufsicht am 23. August 2012 stattgefunden haben – ein entsprechender Gesprächsvermerk mit den einvernehmlich getroffenen Feststellungen wird an alle Mitglieder des Hauptausschusses ausgereicht und anschließend von Frau Krusemark erläutert. Anschließend werden die von Herrn Dr. Scharfenberg geäußerten Bedenken bezüglich der Aufsichtsratsbesetzung unter Berücksichtigung aller Fraktionen und der sogenannten Drittelregelung diskutiert. Darauf Bezug nehmend verweist der Oberbürgermeister auf die

seitens der Verwaltung zu überarbeitende Vorlage, die zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses vorgelegt werde.

zu 4.2 Abberufung und Neubestellung der von der Landeshauptstadt Potsdam in den Aufsichtsrat der SWP entsandten städtischen Vertreter/innen

Vorlage: 12/SVV/0023

Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement
Austauschblätter vom 25.01.2012

zurückgestellt – siehe Tagesordnungspunkt 4.1

zu 4.3 Bad

zu 4.3.1 Familien- und Sportbad Brauhausberg

Vorlage: 12/SVV/0515

Oberbürgermeister, FB Bildung und Sport

Der Oberbürgermeister verweist auf die Verständigung im Vorfeld der Stadtverordnetenversammlung, dass diese Vorlage in der Sitzung am 19.09.2012 abschließend beraten werden soll. Anschließend bringt Herr Gessner die Vorlage ein. Herr Dr. Scharfenberg beantragt, die Bezeichnung des Bades der aktuellen Beschlusslage anzupassen, die nämlich von einem „Sport- und Freizeitbad“ ausgehe.

Der Oberbürgermeister übernimmt diesen Änderungsantrag und schlägt vor, das Votum des Ausschusses für Finanzen abzuwarten, so dass die Vorlage bis zur Sitzung des Hauptausschusses am 12.09.2012 **zurückzustellen** ist. Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

**zu 4.3.2 Städtebaulicher Wettbewerb Brauhausberg
Einordnung des Familien- und Sportbades und ergänzender
innerstädtischer Wohnungsbau**

Vorlage: 12/SVV/0556

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Goetzmann bringt die Vorlage ein und erläutert an hand visueller Darstellung die Ziele der Planung. Er unterstreicht die Notwendigkeit einer Beschlussfassung am 19. September 2012 – sollte diese nicht erfolgen, gebe es dramatische Auswirkungen auf den Zeitplan und die Inbetriebnahme des Bades. Er verweist darauf, dass mit den Stadtwerken lang und intensiv die Frage diskutiert worden sei, wie man das wettbewerbliche Herangehen strukturiere. Im Ergebnis werden zwei ineinander verschränkte Verfahren vorgeschlagen, die er im Weiteren erläutert.

Herr Dr. Scharfenberg begrüßt in seinen Ausführungen die gewählte Abfolge und fragt, ob die Frage der Bestandsbauten im Wettbewerb eingeschlossen sei. In seiner Antwort verweist Herr Goetzmann auf die Ausführungen auf der Seite 5 der Vorlage, wo ausdrücklich klargestellt werde, dass Lösungsangebote, die den bisherigen baulichen Bestand aufgreifen und immobilienwirtschaftlich realistisch in die weitere Entwicklung einbeziehen, nicht ausgeschlossen seien. Er sehe einen Vorteil darin, dass im Rahmen der Diskussion fundiert über die Ergebnisse gesprochen werden könne, um sie dann abzuwägen und zu bewerten – es gebe kein „Entweder-oder“, sondern alle Varianten seien offen.

Der Oberbürgermeister betont nochmals, dass die Verzahnung der Wettbewerbe besonders wichtig sei und schlägt vor, auch hier das Votum des Fachausschusses – Stadtentwicklung und Bauen – abzuwarten und die Angelegenheit am 12.09.2012 im Hauptausschuss abschließend zu beraten. Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

zu 4.3.3 Städtebaulicher Wettbewerb zum Brauhausberg

Vorlage: 11/SVV/0388

Fraktion DIE LINKE

Auf Nachfrage des Oberbürgermeisters, ob sich der Antrag mit den DS 12/SVV/0515 (Tagesordnungspunkt 4.3.1) und 12/SVV/0556 (Tagesordnungspunkt 4.3.2) erledigt hätte, entgegnet Herr Dr. Scharfenberg, dass die Vorlage nach Beschlussfassung der beiden genannten Drucksachen zurückgezogen werde.

zu 4.3.4 Städtebauliches Konzept für das Vorgelände des Brauhausberges

Vorlage: 11/SVV/0423

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Auf Nachfrage des Oberbürgermeisters, ob sich der Antrag mit den DS 12/SVV/0515 (Tagesordnungspunkt 4.3.1) und 12/SVV/0556 (Tagesordnungspunkt 4.3.2) erledigt hätte, entgegnet Herr Schüler, dass die Vorlage nach Beschlussfassung der beiden genannten Drucksachen zurückgezogen werde.

zu 4.3.5 Konkretisierung Masterplan Brauhausberg

Vorlage: 11/SVV/0434

Fraktion FDP

Auf Nachfrage des Oberbürgermeisters, ob sich der Antrag mit den DS 12/SVV/0515 (Tagesordnungspunkt 4.3.1) und 12/SVV/0556 (Tagesordnungspunkt 4.3.2) erledigt hätte, entgegnet Herr von der Osten-Sacken, dass die Vorlage nach Beschlussfassung der beiden genannten Drucksachen zurückgezogen werde.

zu 4.3.6 Rückübertragung der Grundstücke am Brauhausberg

Vorlage: 11/SVV/0665

Fraktionen FDP, BürgerBündnis

zurückgezogen

zu 4.4 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 - 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' Platz 1 - Tierheim endlich bauen

Vorlage: 11/SVV/0815

Ausschuss für Finanzen (ff)

Diese Drucksache wurde bereits in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22.08.2012 abgelehnt.

**zu 4.5 Bestärkung des Vorkaufsrechtes zur Erfüllung des Planungszieles
"Öffentliche Grünfläche am Groß Glienicker Seeufer"**

Vorlage: 12/SVV/0300

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

OBR Groß Glienicke

zurückgestellt - es fehlt das Votum des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung

zu 4.6 Korruptionsprävention

Vorlage: 12/SVV/0366

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, FDP

Diese Drucksache wurde bereits in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22.08.2012 zurückgezogen.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

**zu 5.1 Bericht über die Umsetzung des Beschlusses zur Gründung einer Stiftung
Freier Uferweg Griebnitzsee
gemäß Beschluss: 12/SVV/0016**

Eingangs erläutert Herr Dr. Klosa an hand visueller Darstellung die Inhalte einer Stiftung, die Voraussetzungen für die Gründung der Stiftung, das Stiftungsvermögen und den Stiftungszweck sowie das Stiftungsgeschäft. Im Weiteren erörtert er die Notwendigkeit der Anerkennung durch das Ministerium des Innern sowie Überlegungen der Verwaltung bezüglich der Stiftung „Freier Uferweg Griebnitzsee“, die im Ergebnis gegen eine Stiftung sprechen, weil die Stadt derzeit nicht über ausreichend Ufergrundstücke verfüge, die als Vermögen in eine Stiftung eingebracht werden könnten. Er unterbreitet den Vorschlag, in einem Jahr den nächsten Bericht zu geben, wenn sich die Rahmenbedingungen verfestigt haben. Als eine Form bürgerschaftlichen Engagements erscheine die Ausweitung von Spenden aussichtsreich und zweckmäßig. Hier bestehe die Möglichkeit einer zweckgerichteten Spende für die Herstellung eines bestimmten Uferweges oder auch für eine bestimmte Maßnahme auf den Uferwegen, so dass Spenden auch offensiv beworben werden sollen. Eine weitere Möglichkeit sehe die Verwaltung in der Einbindung derjenigen Bürger und Initiativen, für die der Uferweg und das Landschaftserleben am Wasser eine große Bedeutung besitzen.

Herr Dr. Scharfenberg führt anschließend aus, dass er nach diesen Ausführungen enttäuscht sei, denn das habe er alles schon einmal gehört. Als die Fraktion DIE LINKE den Vorschlag unterbreitet hat, wurde darauf verwiesen, dass die Finanzierung anstehe, wenn der B-Plan vorliege. Der Beschluss sollte zur Finanzierung beitragen und die Stadt, auch für zu zukünftige Generationen, entlasten – wenn diese das alleine stemmen könne, auch gut. Viele Aktivitäten habe es schon gegeben und seien Gespräche geführt worden, um Spender zu finden – das, was präsentiert wurde, liege weit hinter dem zurück. Er erwarte mehr Anstrengungen der Verwaltung und eine Berichterstattung nicht erst in einem Jahr. Ebenso führt Herr Schüler aus, dass der Bericht wenig befriedigend

sei und spricht sich dafür aus, die Prüfung kontinuierlich zu erweitern. Er halte eine Vielzahl von Ansätzen für machbar, die den Status quo verändern. Er plädiert für eine kontinuierliche Fortschreibung und wolle auch selbst Ideen dazu beitragen.

Herr Dr. Klosa entgegnet, dass es die Frage sei, ob eine Stiftung sinnfälliger ist; diese werde derzeit mit „nein“ beantwortet. Ein Großspender wäre toll, den habe man aber im Moment nicht und der Umfang der Flächen sei erst in einigen Jahren bekannt.

Frau B. Müller plädiert ebenfalls für eine frühere Berichterstattung und fragt, wie die Spenden bisher beworben wurden und zukünftig beworben werden sollen. Frau Dr. Schröter fragt nach, welche Art der Gespräche geführt wurden und wie daran angeschlossen werden könne, um die Mittel zu erhöhen.

Der Oberbürgermeister betont, dass die Diskussion unter der Rahmenbedingung stattgefunden habe, dass der B-Plan gekippt worden sei. Im Ergebnis sei von verschiedenen Seiten Gesprächsbereitschaft signalisiert worden, wenn der neue B-Plan aufgestellt sei. Jetzt seien die Voraussetzungen gegeben, so dass die Stadt auf diese Angebote zurückgreifen werde. Er meine, es sollte statt der Gründung einer Stiftung eine Kampagne gestartet werden, um Geld zu sammeln. Er bittet um Geduld, um alle Dinge in Angriff nehmen und das Vorhaben sukzessive umsetzen zu können.

Frau Dr. Schröter betont, dass es über die Zielstellung im Hauptausschuss Konsens gegeben habe und man sich jetzt nicht an Details „aufhängen“ solle. Herr Dr. Scharfenberg unterstreicht nochmals, dass es darum gehe, entsprechende Vorbereitungen zu treffen, weil der Abwägungsbeschluss im November beschlossen werden könne. Er bestehe nicht auf die Form der Stiftung – es könne auch ein Spendenkonto sein. Letztlich gehe es um die Motivierung der Bürger.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass die Stiftungsgründung nicht „begraben“ werden soll; jetzt gehe es um eine intensive Öffentlichkeitsarbeit und Gespräche mit der Bürgerinitiative. Er schlägt vor, über die Aktivitäten im Dezember zu informieren, so dass der Hauptausschuss daran teilhaben und das unterstützen kann.

zu 5.2 Nachschau zum Stadtwerkefest

Herr Böhme präsentiert an hand visueller Darstellung die Angebote, Teilnehmerzahlen und die Resonanz des Stadtwerkefestes. Im Ergebnis stellt er fest, dass alles gut gelaufen sei, es keine Zwischenfälle gegeben habe und das Budget eingehalten wurde. Allerdings seien innerhalb des Budgets mehr Kosten als geplant für organisatorische Aufgaben benötigt worden, so dass für 2013 und 2014 jeweils 50.000 Euro mehr eingeplant werden sollten, um einen Spielraum für sich ändernde Preise zu haben. 2013 sei geplant, das Fest vom 28.06. – 30.06. durchzuführen und 2014 in der Zeit vom 27. – 29.06. oder 04. – 06.07.2014. Hier wolle man einen entsprechenden Vorlauf in der Planung schaffen, um auch Künstler langfristig binden zu können.

Der Oberbürgermeister schließt daran an und betont, dass das Event – auch in der Struktur über 3 Tage – großen Anklang gefunden habe. Er wirbt dafür, dem von Herrn Böhme vorgeschlagenen Betrag von zusätzlich 50.000 Euro zuzustimmen und die Summe mit 850.000 Euro zu deckeln. Herr Schubert bittet, stattfindende sportliche Großereignisse, wie z. B. 2014 die Fußballweltmeisterschaft, in die Planung mit einzubeziehen.

Herr Dr. Scharfenberg spricht sich ebenfalls für den Vorschlag von Herrn Böhme aus und betont, dass es im Vorfeld des Stadtwerkefestes ein hohes Maß an

Transparenz durch die Befragung und entsprechende Vorinformationen gegeben habe.

Gegen die Terminvorschläge und die Finanzierungssumme erhebt sich kein Widerspruch.

Anschließend wird der Verantwortungsbericht der Stadtwerke Potsdam ausgereicht, in dem Strategien und Aussichten sowie die Geschäftsführergehälter dargestellt werden.

zu 5.3 Bericht über den Stand der Zielerreichung der ProPotsdam GmbH

Vorlage: 12/SVV/0460

Oberbürgermeister

Herr Westphal trägt die Ergebnisse der Pro Potsdam in einer Power-Point-Präsentation vor, einschließlich des Leitbildes der Nachhaltigkeit der Ziele und des Jahres „2011 in Zahlen“. Im Weiteren erläutert er den Potsdamer Wohnungsmarkt und die diesbezügliche Rolle der Pro Potsdam. Anschließend beantwortet er die Nachfragen von Herrn Dr. Scharfenberg zu den Auswirkungen des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 22.08.2012, DS 12/SVV/0466 - Festlegungen zu Modernisierungsumlage, Mietsteigerungen und Neuvermietungszuschlägen bei Wohnungen der städtischen ProPotsdam und einer angenommenen Bezuschussung der Stadt Potsdam für den Wohnungsbau sowie von Herrn Sändig, inwieweit 1.000 neu gebaute Wohnungen zu einer Entlastung des Marktes führen, wenn der Bedarf wesentlich höher sei.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 5.4 Standortbeauftragung Medienstadt Potsdam-Babelsberg

Vorlage: 12/SVV/0558

Oberbürgermeister, Bereich Wirtschaftsförderung

Herr Frerichs erläutert die Standortbeauftragung an hand visueller Darstellung; anschließend stellt Frau Peters das Profil des media.net berlinbrandenburg e. V. und media.connnect.brandenburg vor sowie Frau Wolf als neue Standortbeauftragte ihre Arbeitsfelder.

Der Oberbürgermeister ergänzt, dass dieser Auftragskatalog für ein Jahr verabredet worden sei – verbunden mit einem Rechenschaftsbericht, so dass der Hauptausschuss das mitgestalten und kontrollieren kann. Auf Nachfrage von Frau B. Müller bestätigt er, dass der Aufgabenkatalog dem Hauptausschuss zur Kenntnis vorgelegt wird. Auf eine weitere Bitte von Frau B. Müller sagt er einen Zwischenbericht im März 2013 zu, der mit dem Bericht zur Wirtschaftsförderung gekoppelt werden soll.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 6 Sonstiges

Entsprechend der Bitte von Herrn Dr. Scharfenberg informiert Herr Klipp über die umweltabhängige Verkehrssteuerung, die sich grundsätzlich bewährt habe.

Dies habe er auch den beschwerdeführenden Umlandgemeinden versucht zu erläutern und dafür zu werben. Da dieses System erstmalig in Deutschland eingeführt worden sei, müsse man dieses regelmäßig auf Grund der gesammelten Erfahrungen evaluieren. Sowohl die Stadt habe daran ein starkes

Interesse als auch der Hersteller selbst.

Auf Nachfrage des Oberbürgermeisters, ob es einen Evaluierungszeitpunkt gibt, schlägt Herr Klipp vor, nach einem halben Jahr im Hauptausschuss Bericht zu erstatten und diesen auch den Umlandgemeinden zur Verfügung zu stellen.

Da das System seit April in Betrieb genommen wurde, so Herr Dr. Scharfenberg, stehe eine erste Evaluierung im Oktober dieses Jahres an. Er bittet, die Fraktionen über die Gespräche mit den Umlandgemeinden auf dem Laufenden zu halten.